

2. November 2001

Temelin, BSE-Folgekosten und Exekutive-Denkmal Sobotka bei Landesfinanzreferentenkonferenz

Als wesentlichsten Tagesordnungspunkt der Landesfinanzreferentenkonferenz im Stift Göttweig nannte Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka im Anschluss an das Treffen die Probleme rund um das AKW Temelin. Hier seien 5 Millionen Schilling (363.364 Euro) für Unterlassungs- und Feststellungsklagen bewilligt worden. Diese Mittel würden von Salzburg, Oberösterreich und Niederösterreich gemäß Volkszählungsschlüssel aufgebracht. Das sei ein klares Signal, dass es kein Veto geben wird, die Sicherheitsbedenken aber aufrechterhalten werden. Der Melker Prozess müsse fortgesetzt werden, Bundesminister Mag. Wilhelm Molterer habe die volle Unterstützung der Landesfinanzreferenten.

In der Frage der BSE-Folgekosten wird der Bund aufgefordert, die Untersuchungen nur noch stichprobenartig fortzusetzen. In diesem Fall werden die 233 Millionen Schilling (16.932.770 Euro) vom Bund mit 66 Millionen Schilling (4.796.407 Euro) von Länderseite aufgestockt. Die restlichen 150 Millionen Schilling (10.900.925 Euro) kommen aus dem Katastrophenfonds, in dem wieder Landesmittel stecken. Für das am Wiener Heldenplatz geplante Exekutive-Denkmal werden die Länder für die fehlenden Kosten aufkommen. In der Frage der Einhebung des Kulturschillings werde es eine Klage geben, wenn keine Einigung erzielt wird. Für die Erreichung der Kyoto-Zielsetzung wird eine Arbeitsgemeinschaft aus Finanz-, Wohnbau- und Umweltreferenten gebildet.

Auch in den weiteren 28 Tagesordnungspunkten seien die Beschlüsse der Landeshauptleutekonferenz unterstützt worden, so Sobotka abschließend. Die Verlängerung der Bundesstraßen etwa werde vollinhaltlich mitgetragen. Man sei aber nicht bereit, „augenzwinkernde“ Abänderungen der Verhandlungsergebnisse seitens des Bundes zu akzeptieren.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at